

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.
ohne Postgebühren. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postäm-
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 26,
Hohenstr. 63 I. Fernr.: Rsp. 8663.

Einzelnenpreis
die dergestaltene Beilage 90 Pf.;
für Verbandsmitglieder 60 Pf.;
Stellenaussagen 60 Pf.; Beilagem-
tungen 10 Pf. Der Ein-
zelnenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 11.

Berlin, den 9. März 1919.

35. Jahrgang.

Generallstreik auch in Berlin.

Kurz vor Drucklegung dieser Nummer ist nun auch in Berlin der Generallstreik ausgebrochen. Welchen Umfang er annehmen wird, ist bis zur Stunde, da wir dies schreiben, nicht abzusehen. Voraussichtlich wird das für den 7. März angeetzte Schiedsgericht zur Entscheidung über unsere Forderungen an den Verband deutscher Buchbinderbesitzer durch die Unmöglichkeit für die Leipziger, Stuttgarter und Münchener Vertreter, nach Berlin zu kommen, nicht zusammentreten können. Es wird deshalb wahrscheinlich verschoben werden müssen. Wir bitten auch zu beachten, daß die vorliegende Nummer unserer Zeitung vor dem Ausbruch des Generallstreiks fertiggestellt wurde.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Eine Erhöhung der Lokalbeiträge für männliche Mitglieder von 10 auf 20 Pf., und für weibliche Mitglieder von 5 auf 10 Pf. wöchentlich ist von der Zahlstelle Freiburg i. V. beschlossen und von uns genehmigt.

2. Mundschreiben des Verbandsvorstandes zur Tariffrage in der Zigarettenindustrie, in der Stuisindustrie und in den Briefumschlagfabriken sind in der abgelaufenen Woche allen Bezirks- und Gauleitern zugesandt, die die betreffenden Mitteilungen an die davon interessierten Zahlstellen ihres Gaues weiterzugeben haben.

Der zurzeit ziemlich unsicheren Postverbindung wegen machen wir auf den Versand der Mundschreiben aufmerksam und ersuchen um Mitteilung, wenn die Mundschreiben bis zum 10. März bei einem Bezirks- oder Gauleiter nicht eingegangen sind.

An den Tarifen interessierte Ortsverwaltungen wollen sich nötigenfalls an die Bezirks- und Gauleiter wenden.

Der Verbandsvorstand.

Der Anfang zu praktischer Arbeit.

Die innerpolitische Lage Deutschlands ist nach wie vor so verworren, daß man einigermaßen Mühe hat, sich in ihr zurechtzufinden. Täglich treten neue Komplikationen ein, die jede Aussicht auf die so notwendige Klärung in immer weitere Ferne rücken. Im Interesse unseres jungen Staatswesens ist das eine betrübende Erscheinung, die man — und das ist ein besonders zu beachtendes Moment — nicht mehr mit eleganter Handbewegung als Kinderkrankheit der Revolution abtun kann, wie man das leider mit verschiedenen Forderungen eines großen Teiles der Arbeiterschaft seither gemacht hat. Dafür liegen die Differenzpunkte jetzt nachgerade doch zu tief. Deshalb besteht auch unserer Auffassung nach keinerlei Aussicht, durch einfaches Bestreiten oder stillschweigendes Uebergehen der Gegensätze oder durch deren notwendige Ueberleistung zu einer alle Teile befriedigenden Verständigung zu kommen, die uns zur ruhigen Fortentwicklung des revolutionären

Umbaus unserer Volkswirtschaft als Grundlage dienen kann. Hier muß schon etwas tiefer geschürft werden durch selbstloses Bemühen, auch die Anschauungen der Gegenseite verstehen zu lernen. Forderungen einer großen Minderheit sind heute nicht mehr so einfach beiseite zu schieben, als dies früher zum Teil notwendig war. Dort handelte es sich meist darum, den Gegnern der Arbeiterklasse eine geschlossene Front entgegenzustellen. Das ist heute doch etwas anders geworden, nachdem die Revolutionswelle die Arbeiterschaft an die Oberfläche getragen und ihr die ihr allein gebührende Machtposition gegeben hat. Im Streit um die beste Auswirkung des revolutionären volkswirtschaftlichen Umbaus hat eine erhebliche Minderheit, zumal wenn sie sich auf eine stark aktive Anhängerschaft stützen kann, ein Recht auf Beachtung ihrer Wünsche. Es gehört wirklich nicht allzu feines Verständnis dazu, dieser nicht unbeachtlichen Minderheit das Recht zum Leben und Lebenlassen als Ausfluß wahrer demokratischer Geistes zu gestatten.

Das solchen Erwägungen heraus begrüßen wir den Appell unserer Regierung, der am vergangenen Sonntag publiziert wurde, und die gleichlautenden Erklärungen einzelner Regierungsvertreter in der Nationalversammlung am 1. März. Dabei braucht nicht unausgesprochen zu bleiben, daß diesen offiziellen Verlautbarungen eine vielfach gesteigerte Beweiskraft innegewohnt haben würde, wenn sie etliche Wochen früher erfolgt wären. Es ist eben jetzt nicht zu übersehen, daß der Begriff der Zeit im Meinungsstreit eine sehr große Rolle spielt. Was jetzt geschehen oder angekündigt wird, hätte schon viel früher geschehen sollen, wenn den Anschauungen des aktiveren Teiles der Arbeiterschaft auch nur einigermaßen Rechnung getragen werden sollte.

Unser Einverständnis mit dem Appell der Regierung an alle Volksgenossen bedeutet nicht, daß wir in ihm das Heil sehen, das die Differenz der politischen und wirtschaftlichen Meinungen auszugleichen vermag. Aber zweifellos sollte er bei gutem Willen auf beiden Seiten sehr wohl geeignet sein, die gerade jetzt wieder in verschärfter Form auseinanderstrebenden Richtungen zu ruhigen Ueberdenken der unhaltbaren Zustände anzuhalten. Und wenn unsere Staatsmänner auf dem jetzt rechtlich spät eingeschlagenen Wege der Zugeständnisse weitergehen und die angekündigten Gesetzeswerke in tatsächlich großzügiger Weise die Arbeiterinteressen vertreten lassen, dann mag auch bei vielen unserer Arbeiter das Mißtrauensschwunden, das diese den politischen Führern zurzeit in überreichem Maße entgegenbringen. Nicht mit Unrecht wurde auf der letzten Versammlung der auf dem Mehrheitsboden stehenden Betriebs- und Arbeiterräte Groß-Berlins gesagt: „Wir haben unseren Führern die Bahn zu weisen, die sie gehen sollen.“ Und wie berechtigte Kritik sich stets als vorwärtstreibende Gewalt betätigt, zeigt sich an dem Aufruf unserer Regierungsmänner, der endlich einmal nähere Andeutungen darüber enthält, was auf dem Gebiete des Arbeiterrechts nun eigentlich geschehen soll.

Schon in der Sitzung der Nationalversammlung vom 1. März wurde von den Ministern Landsberg und Bauer der Appell der Regierung angekündigt. Landsberg sagte dort nach dem Bericht in der Tagespresse, daß in den nächsten Tagen ein Aufruf erscheinen wird, der das Versprechen einer Kodifikation (Zusammenfassung) des gesamten

Arbeiterrechts enthalten solle. Dieses Gesetz würde ein positives Koalitionsrecht schaffen und die Rechtsunfähigkeit der Berufsvereine (Gewerkschaften) beseitigen. Weiter würde das Gesetz obligatorische Einigungsämter und die gesetzliche Festlegung der Betriebsräte bringen, die im Produktionsprozess einen maßgebenden Einfluß haben sollen. Sie sollen die Organe der konstitutionellen Arbeit sein. Die Reichsregierung will, so wurde weiter zugesagt, zu den Vorarbeiten als auch zur Erledigung dieses Gesetzes Arbeiter aller gewerkschaftlichen Richtungen hinzuziehen, so daß es „das große Grundgesetz der deutschen Arbeiter“ werden soll. Und Minister Bauer erklärte, daß die Betriebsräte neben den Arbeitskammern als dauernde Einrichtungen vorgesehen werden und auch die Frage der Sozialisierung nunmehr in Fluß komme, deren erstes positives Resultat die Uebernahme des Kohlenyndikats durch das Reich sei. Im Aufruf der Reichsregierung selbst heißt es u. a.:

„... Gleich wichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie! Nur sie kann alle Kräfte wecken und am Werk halten, die unseren bürgerlichen Untertanen abzuwenden vermögen. Wir sind dabei, das Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen: Das einheitsliche sozialistische Arbeiterrecht auf freiheitlicher Grundlage. Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen: die Betriebsräte, wie wir sie schon bei den Verhandlungen mit den Vergarbeitern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freiesten Wahlen hervorgegangene, berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: die konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage. All das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Uebernahme in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können. Im neuen Deutschland soll Arbeit sozialistische Pflicht sein, Mühsamkeit und genußreiches Drogenentum mit allen Mitteln unterdrückt und ausgemergelt werden. Vorwärts drum auf dem Wege organisch aufbauender Arbeit!...“

Der Nationalversammlung selbst liegt ein Antrag der soz. Fraktion vor, der das Eigentum an den zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Vorkäuflichen allein der Nation zuweist und die Regierung auffordert, die Ueberführung der Bergwerke usw. in öffentliche Betriebe mit möglicher Beschleunigung zu betreiben und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) zur Kontrolle und Verwaltung heranzuziehen. Und wenn im „Vorwärts“ gesagt wird, daß auf allen Gebieten die Regierung weit über das hinausgehen wird, was selbst die unabhängigen Volksbeauftragten vorschlagen gewagt hätten, dann werden wir zunächst die Vorlagen der Regierung abwarten und dann ein Urteil fällen. Hoffentlich lassen diese nicht mehr lange auf sich warten und erfüllen die Erwartungen, die auf sie gesetzt werden.

Vieles ist seither schon geschaffen worden, aber dem revolutionären Geiste erscheinen so viele Einrichtungen als Selbstverschönerungen. Nach den verflochtenen Wochen des staatlichen Umbaus

zweckmäßig erwiesen, weil dadurch der freie Sonnabendnachmittag auch für Arbeiter (nicht nur, wie es das Gesetz vorsieht, für Frauen und Jugendliche) errungen wurde.

Die neuen Vereinbarungen, die zwischen unserer österr. reichlichen Organisation und den zuständigen Unternehmerorganisationen abgeschlossen wurde, besagen im wesentlichen: Arbeitszeit täglich 8½ Stunden, Sonnabends 4¼ Stunden. Ueberstunden sind um 50 Proz. höher zu entlohnen als die normale Arbeitszeit. Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten arbeiten 50 Stunden pro Woche, täglich 9, Sonnabends 5 Stunden. Die bestehende Entlohnung darf durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht gekürzt werden.

In der Wiener Ledergalanteriebranche sind zurzeit von gegen 800 Beschäftigten 400 arbeitslos. In dem größten Teile der Betriebe wird nur 4 und 5 Stunden täglich gearbeitet.

In der Wiener Kartonnagen-Industrie ist die Arbeitszeit in der gleichen Art geregelt wie oben für die Buchbindereien angegeben ist.

Berichte.

Berlin. Am 14. Februar fand eine gut besuchte Brandenburger Versammlung der Feinschneiderei Berlins statt. In der Mängel des Jahresberichts erstattete. Im verfloffenen Jahr war eine 15prozentige Lohn-erhöhung gefordert worden, die Fabrikanten wollten aber nur 10 Proz. bewilligen. Die Branche war damit nicht einverstanden und setzte eine 15prozentige Lohn-erhöhung durch. Der Tarif wurde um ein Jahr verlängert. In der Delegiertenversammlung ist über einen Zusammenschluß der Feinschneider mit der Mappen- und Galanteriebranche verhandelt worden. Würzberger empfahl der Versammlung, mit der Galanteriebranche zusammenzugehen. Nachdem Kulkowski und Adamczak für diesen Vorschlag gesprochen hatten, wurde er einstimmig angenommen. In die Sachverhaltung wurden Adamczak und Schufeldt gewählt. Dann gab Würzberger die mit den Feinschneidern abgeschlossene Vereinbarung bekannt. Mit veränderten Punkten erklärten sich die Anwesenden nicht einverstanden, doch ist leider jetzt dagegen nichts mehr zu unternehmen. Weiter wurden die niedrigen Löhne der Feinschneider besprochen. Während in anderen Branchen die ungelerten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 1,55 M. erhalten, schwanken bei den Feinschneidern die Löhne zwischen 1 M. bis 1,50 M. Daß ein verheirateter Mann bei solchen Löhnen nicht bestehen kann, muß sich jeder selbst sagen. Adamczak forderte die Anwesenden auf, sich jetzt wieder rege an der Agitation zu beteiligen, damit die Branche wieder auf die Höhe kommt, auf der sie im Jahre 1913 gestanden hat.

Berlin. Zu dem Bericht über die Reichsdruckerei in Nr. 9 wird uns noch ergänzend und zum Teil be-richtigend geschrieben:

Der Grundlohn für Arbeiterinnen beträgt nach der neuen Regelung 4—7,40 M. täglich. Die Feuerungszulage beträgt für Arbeiterinnen täglich 3,90 Mark und für Buchbinder 6,55 M. Die Löhne vor und während des Krieges richteten sich nach den tariflichen Abmachungen. Allerdings wurde in den Privatbetrieben während des Krieges weit über den Tariflohn gefordert und bezahlt, was in der Reichsdruckerei nicht der Fall war. Die Angaben über die Ferienregelung sind auch nicht ganz zutreffend. Es muß heißen: Im Alter von 18—20 Jahren nach halbjähriger Tätigkeit gibt es 6 Arbeitstage, über 20 Jahre nach einem Jahr 12 Arbeitstage, und nach zehn Jahren Tätigkeit 18 Arbeitstage Erholungsurlaub. Einige tüchtige Kollegen, die schon lange Jahre in der Reichsdruckerei beschäftigt sind und für den Verband tätig waren, fühlen sich durch den Bericht zurückgesetzt. Es lag dem Artikelschreiber fern, den Eindruck zu erwecken, als wäre früher nichts für die Organisation geleistet worden. Die Tätigkeit der in Betracht kommenden Kollegen wird jederzeit ge-büßend anerkannt.

Worms-Eberfeld. Eine außerordentlich gut-besuchte Generalversammlung fand am 22. Februar in Eberfeld statt. Der Vorsitzende Reus gab im Geschäftsbericht seiner Freude Ausdruck über das zahlreiche Erscheinen der Kolleginnen und Kollegen. Er wies darauf hin, daß im verfloffenen Jahre die Versammlungen schlecht besucht wurden, da der größte Teil der Kollegen zum Heere eingezogen war. Das hatte zur Folge, daß die Kollegenschaft mit ihren Löhnen und mit ihren Feuerungszulagen zurückblieb. Im Juli vorigen Jahres kamen die Kollegen der Firma Sam. Lukas zur Erkenntnis, sich zusammenzuschließen und ihre verfallenen For-derungen nachzuholen. Im letzten Quartal wurden 60 Mitglieder gewonnen, so daß die Mitgliederzahl am Schluß des Quartals auf 247 stand. Grönhoff konnte jedoch gleich berichten, daß die Mitgliederzahl

im neuen Quartal bereits auf über 700 gestiegen sei und daß zu hoffen ist, daß wir bald 1000 Mit-glieder haben werden. Der Kassenbericht wurde zur Kenntnis genommen. Hierauf schritt er die Tarif- und Lohnfrage an und machte bekannt, daß die Kollegen und Kolleginnen der Briefmischlabrifen mit Forderungen an ihre Arbeitgeber herantreten sind. Die Unternehmer haben sich zusammenge-ten, um die Sache gemeinschaftlich zu behandeln. Hierbei hat sich auch die Firma Sam. Lukas angeschlossen, da sie auf dem Standpunkt steht, durch die Her-stellung von Kalendern dem Buchbinderbesitzer-verein nicht anzugehören. Bis jetzt ist es noch nicht zu einem Beschluß gekommen. Für den 25. Februar haben die Herren eine Sitzung beschloffen, an der die Arbeitervertreter teilnehmen. Hoffentlich werden sie endlich zum Beschluß kommen, da die Kollegen und Kolleginnen das lange Hinhalten satt find. An die Ausführungen Mühlsteils fiel eine rege Diskussion. Von den Kolleginnen der Firma Lukas wurde bemerkt, daß durch die Abschaffung des Affords bei den Mini-mallöhnen trotz der zu erwartenden neuen Feuerungszulage kein Auskommen wäre. Zum Schluß wurde eine Kommission gewählt, die an der Arbeit-geberprüfung teilnehmen soll.

Grimmitschan. Gemeinsam mit den Mitglieder-n des Verbandes der Buch- und Stein-druckereihilfs-arbeiter stellten unsere Mitglieder in der Kunst-anstalt Gold u. Wessling Forderungen auf Lohn-erhöhung. Die Löhne in diesem Betriebe sind sehr rückständige und entsprechen in keiner Weise den jetzigen teuren Zeiten. Befordert wurde 7 M. für Arbeiterinnen und 10 M. für Kollegen. Erreicht wurde nach mehrstündigen Verhandlungen, an denen auch der Arbeiterausschuß teilnahm, 4 M. für Ar-beiterinnen und 6 M. für Arbeiter. Als einmalige Zulage könnten die Beträge für einen Provinzort wie Grimmitschan anständig erscheinen, aber angesichts der Tatsache, daß die Löhne noch so erheblich niedrige sind — diese betragen für Ar-beiterinnen 9 M. bis 18 M. und für Männliche ist der Höchstlohn bisher 35 M. —, muß schon gesagt werden, daß in Wölde ein weiteres gehen muß. Das ist der Betriebsleitung beim Abschluß auch ge-sagt worden. An der Kollegenschaft beider Verbände wird es liegen, der Organisation die Treue zu be-wahren. Dann ist ein weiterer Erfolg sicher zu erwarten.

Darmstadt. Am 4. Februar hielten wir eine öffentliche Versammlung ab, in der Wehr-Brandfurt a. M. über die Lohnverhältnisse am Orte und deren Besserung sprach. Da eine Anzahl hiesiger Kollegen fehlte, wurde beschloffen, denselben Vortrag in der Generalversammlung zu wiederholen. Durch eine rege Hausagitation war die Wehrzahl der hiesigen Kollegen in der Generalversammlung am 18. Februar anwesend. Der beifällig aufgenommene Vortrag des Koll. Mey wurde eingehend in sehr erregter Debatte besprochen. Hierbei kamen Zustände zutage, die das Staunen und die Entrüstung der Anwesenden her-vorziefen. Hier werden noch Löhne von 25—55 M. gezahlt. Um die so sehr beneideten abweichenden Löhne in geregelte Bahnen zu lenken, wurde die so-fortige Einführung eines Lohntarifs beschloffen. Dieser soll sofort den Arbeitgebern vorgelegt und Rückführung bis zum 26. Februar erbeten werden. Die hiernach erfolgte Wahl brachte die gewerkschaft-lich erfahrenen Kollegen in den Vorstand. Am Schluß der Versammlung konnten wir 30 Neuauf-nahmen verzeichnen, hiervon 6 Kolleginnen. Ein schönes Resultat, wenn man die Verhältnisse hier in Darmstadt lernt und weiß, wie schwer der Organi-sationsgedanke Wurzeln faßt. Sämtlichen Anwesen-den wurde zur Pflicht gemacht, an der Agitation sich rege zu beteiligen, damit alle bis zum Bekten für unsere Organisation gewonnen werden.

Hiel. In Anwesenheit des Gewerkschaftsleiter's Hamburg wurde am 20. Februar in einer Versamm-lung der neue Lohn-tarif gutgeheißen, wie er zwischen unserer Kommission und den Arbeitgebern abge-schlossen worden ist. Danach erhalten Gehilfen im 1. Jahr 1,50 und dann 1,55 M. Stundenlohn. Die Arbeiterinnen erhalten im ersten halben Jahr 0,50 Mark, im 1. Jahr 0,65 M., im 2. 0,72, im 3. 0,75 M. und nach 3 Jahren 0,78 M. Stundenlohn. Ueber-stunden werden mit 50—75 Prozent Aufschlag be-zahlt. Diejenigen Gehilfen und Arbeiterinnen, welche obige Lohnsätze schon erhalten, bekommen einen Auf-schlag von 10 Prozent. Auch haben sich die Arbeit-geber bereit erklärt, ihrem Personal Ferien zu ge-währen. Wenn nun auch mancher gehofft hatte, es-was mehr bei der Lohnbewegung herauszuholen, so ist es doch ein großer Fortschritt, daß endlich nach langer Zeit wieder ein abgeschlossener Lohn-tarif in Geltung tritt. Besonders zu begrüßen ist die Auf-nahme der Arbeiterinnen in den Tarif. Sind sie doch früher immer als Stiefkinder behandelt und von den Arbeitgebern nie mit in den Tarif aufgenommen worden. Deshalb wurde dem Tarif auch ohne wei-teres zugestimmt. Es war der Versammlung auch

klar, daß von der Kommission alles gefeschen ist, was in Anbetracht der Verhältnisse zu erreichen war. Küster fand es sehr bedauerndwert, daß die Gleich-gültigkeit der Kollegen schon gleich nach dem Abschluß des Tarifs wieder eingeseht hat. Er hätte erwartet, daß zum Abschluß des Tarifs alle Mann erschienen wären. Sogar die Kollegen, die über 30 M. Lohn in der Woche erhalten, haben es nicht für nötig be-funden, ihren Dank durch Anwesenheit auszu-drücken. Für unsere Zahlstelle ist es aber ein An-sporn, weiterhin aufzuwachen und zu agitieren, damit das Interesse an Verhandlungsangelegenheiten noch mehr wie bisher geweckt wird.

Lehr. Unsere Zahlstelle hielt am 10. Februar eine sehr gut besuchte Jahresversammlung ab. Im Geschäftsbericht teilte Gewerkschaftsleiter Dürr mit, daß wäh-rend des Krieges 101 Kollegen zum Geeresdienst ein-gezogen wurden. Davon haben sich bis heute 47 zur Organisation zurückgemeldet; gefallen oder an Kran-keiten sind 20 Kollegen; 10 schwachten in feindlicher Gefangenschaft; 2 sind noch beim Heer; 2 im Lazarett; 8 sind als Invaliden nicht mehr im Verufe tätig und 6 haben bereits Arbeit nach auswärts angenommen, während 11 Kollegen, die entlassen sind, sich bis heute noch nicht zurück-gemeldet haben. Er wies ferner auf den erfreulichen Aufschwung hin, welchen der Verband in unserem Gau (Baden und Württemberg) seit der Revolution genommen hat und forderte zu reger Mitarbeit für die Organisation auf. Des weiteren wurde auf die Einführung des Achtstundentages hingewiesen. Die Neuwahlen ergaben: 1. Vorsitzender: Weidinger; 2. Vorsitzender: Buchjäger; Schriftführer: Bauer; Beisitzer: Ducharb, Meßger und Schneider; Neu-wahlen: Bohnert und Ving; Kartellbelegierte: Weidinger, Dürr, Buchjäger, Schmitt und Göttinger; Beisitzer im Gauvorstand: Weidinger und Bauer. Eine lebhaft ausgeführte Besprechung der Punkt-Be-schwerden aus der einzelnen Werkstätten. Die 10 Prozent Zuschlag ab 1. Januar erhalten die Heim-arbeiterinnen nicht in allen Werkstätten. Die Frage der Entlohnung der Lehrmädchen wie auch des Ge-samtpersonals gab zu Wünschen Anlaß. Gerügt wurde auch, daß infolge Stilllegung einer Anzahl Tabakfabriken die Betriebe jetzt mit sehr vielen schlecht entlohnnten Arbeiterinnen durchsetzt wurden, die meistens aus den Randorten kommen. Die Ar-beiterinnen von Land wurden aufgefordert, sich nicht um jeden Lohn anzutragen und mit den Arbeit-erinnen in der Stadt für einen menschenwürdigen Zustand einzutreten. Zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Verwaltung beauftragt wurde, bei dem Arbeitgeberverband eine gemeinsame Sitzung zu beantragen, um alle vorge-brachten Wünsche in einer gemeinsamen Aussprache zur Regelung zu bringen.

Lehr. Am 22. Februar war es den hiesigen Kollegen möglich, seit Kriegsbeginn ihre erste Mit-gliederversammlung abzuhalten. Es wurde eine sehr rege Agitationstätigkeit entwickelt, lebhaft unter-stützt von den aus dem Geeresdienst zurückgekehrten Kollegen, so daß die Mitgliederzahl auf 30 an-gewachsen ist. Während des Krieges war die Zahl der Mitglieder auf 4 gesunken. Ein sehr interessanter Vortrag des Kollegen Süh über Sozialversicherung wurde von der Versammlung recht beifällig aufgenommen. Ferner erläuterte Küster den neu aufgenommenen Mitgliedern Zweck und Ziele unserer Organisation. Durch die noch zu veranfaltende Hausagitation dürfte noch manches Mitglied dem Verbands zuge-führt werden.

Trier. Ueber 8¼ Jahre hat hier unser Ver-bandsleben geruht, denn die schwere Kriegszeit hat auch unsere Zahlstelle zur Auflösung gezwungen. Nachdem im Januar die erste Versammlung wieder stattgefunden hatte, wurde für den 23. Februar eine öffentliche Versammlung einberufen, welche sehr gut besucht war. Leider mußte der Referent Wehr-Brandfurt wegen Reiseverbot ins besetzte Gebiet in letzter Stunde absagen. Der Vorsitzende Scheuer begriffte die erschienenen Kolleginnen und Kollegen und legte in längerer Ausführungen die Notwendigkeit der Organisation dar, welche besonders in Trier so sehr zu wünschen übrig ließe, weshalb auch sehr schlechte Lohnverhältnisse festzustellen seien. In der freien Aussprache wurden diese Ausführungen voll bekräftigt. Es konnten 20 Aufnahmen vollzogen werden. Zum Schluß erteilte der Vorsitzende alle Anwesenden, treu und fest zum Verbands zu halten, damit auch wir in nicht allzu ferner Zeit zum Wohle der Mit-glieder bessere Lohnverhältnisse und Arbeitsbedin-gungen erreichen können.

Würzburg. Auch in unserer Zahlstelle regt es sich. Durch die eifrige Agitation unter den Arbeit-erinnen, die bisher gleichgültig dem Verbands gegen-überstanden, ist es gelungen, hier eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Am 21. Februar wurde auf Veranlassung unserer Zahlstelle eine Werkstättenver-sammlung der Firma Stütz einberufen. Nach einem kurzen Referat unseres Vorsitzenden, in welchem er

die Ziele und den Zweck der Organisation eingehend erläuterte, konnten wir die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß sämtliche in der Versammlung anwesenden 20 Arbeiterinnen unserem Verbandsbeiträgen. Dies Resultat ist um so erfreulicher, wenn man in Erwägung zieht, daß hier auch eine Zahlstelle des christlichen Verbandes existiert, deren Mitglieder nahezu vollständig in dieser Versammlung anwesend waren. Einmütig wurde in der Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterinnen nicht mehr länger gewillt sind, sich die entwürdigende Behandlung, wie sie bei der Firma Stürz durch den Werkmeister Scheiner in Gebrauch ist, bieten zu lassen. In seinem aufmunternden Schlußwort forderte der Vorsitzende, alles daranzusetzen, um unsere Zahlstelle weiter auszubauen.

Rundschau.

Die neuen Teuerungszulagen im Buchdruckgewerbe. Ueber die Vorgänge im Buchdruckgewerbe, die sich im Anschluß an die Verordnung des Demobilisationsamtes abspielten, haben wir unsere Mitglieder unterrichtet. Nunmehr ist am 14. Februar der Tarifausschuß der Buchdrucker wiederum zusammengetreten, um eine endgültige Regelung der Teuerungszulagen herbeizuführen. Beschlissen wurde dort, daß die vom Demobilisationsamt durch Anordnung vom 21. Dezember 1918 mit Gefesbestraft ausgestatteten Vereinbarungen des nicht ordnungsgemäß besetzten Tarifausschusses vom 19. Dezember 1918 nachträglich als tarifliches Recht anerkannt werden. Diejenigen Prinzipale, die mit Zahlung der seit 1. Januar 1919 geltenden neuen Teuerungszulagen aus irgendwelchen Gründen im Rückstande geblieben sind, haben die Nachzahlung dieser Teuerungszulagen am nächsten Zahlungstermin vorzunehmen.

Die Teuerungszulagen bleiben bis 31. August 1919 bestehen. In der ersten Hälfte des August soll der Tarifausschuß wieder zusammentreten und unter Berücksichtigung der dann vorliegenden Lebensverhältnisse über die Gestaltung der Teuerungszulagen nach dem 31. August 1919 beraten und beschließen.

Es ist ferner darauf hinzuwirken, daß dem Buchdruckgewerbe durch private und behördliche Auftraggeber Aufträge zu tariflichen Bedingungen zugeführt werden, damit der großen Arbeitslosigkeit gehindert werden kann. Das Tarifaussch. wurde beauftragt, die hierfür geeigneten Schritte unverzüglich einzuleiten.

Der Tarifausschuß hielt sich weiter für verpflichtet, die vorhandene Zahl der arbeitslosen Gehilfen zu beschränken. Aus diesem Grunde soll die volle Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen

über Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer herbeigeführt werden. Außerdem verpflichteten sich die Prinzipalvertreter, dahin zu wirken, daß in örtlichen gemeinsamen Vereinbarungen der tariflichen Instanzen der Unterbringung der derzeit in übermäßiger Zahl noch vorhandenen Arbeitslosen baldigst nähergetreten wird, insbesondere soweit es sich um Familienväter handelt.

Tritt wegen Arbeitsmangels bei einzelnen Firmen eine Verkürzung der Arbeitszeit ein, so hat die betreffende Firma bei Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine Stunde von dem ausfallenden Arbeitslohn 20 Prozent, bei zwei Stunden 25 Prozent und bei drei Stunden 33 1/3 Prozent zu vergüten. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß nach Anhörung des Personals eine Woche vorher angekündigt werden.

Für das Hilfspersonal wurden die von dem Unternehmern ebenso scharf bekämpften Teuerungszulagen gleichfalls bis zum 31. August für alle Druckorte mit tariflicher Abmachung anerkannt; außerdem wurde ihrem Vertreter bei diesen Verhandlungen vom Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins die Bereitwilligkeit zur Einleitung von Verhandlungen über eine allgemeine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Buchdruckerhilfspersonals erklärt.

Abrechnung vom Streik der Galanterie-Branche in Berlin.

Einnahmen:

Zentralfasse	17 387,80 M.
Lokalfasse	10 152,00 "
Summe	27 539,80 M.

Ausgaben:

Streikunterstützung an	Zentralfasse	Lokalfasse
88 verheiratete Arbeiter	10 206,90 M.	2 507,50 M.
7 ledige Arbeiter	488,85 "	131,-- "
112 Arbeiterinnen	6 122,85 "	2 935,-- "
Unterstützung f. 62 Kinder	574,20 "	-- "
Beihilfsunterstützungen	-- "	1 298,-- "
Teuerungszulagen	-- "	1 260,-- "
Mietunterstützungen	-- "	1 872,50 "
Streckleitung	-- "	148,-- "
Summe	17 857,80 M.	10 152,-- M.

Berlin, den 21. Februar 1919.

Franz Wytomski, Kassierer.
Die Revisoren: Franz Wacat, Otto Köhl.

Gau II (Ost- und Westpreußen).

Die Gauverwaltung hat beim Postfachamt Königsberg i. Pr. ein Postfachkonto unter Nr. 7859, Oskar Schner, Gaultaffierer, Königsberg i. Pr., Krugstraße 9 D, eröffnet.

Bei Geldsendungen wolle man für die Folge immer die blauen Zahlkarten, keine Postanweisungen, benutzen. Dabei ist die obige Kontonummer und Adresse anzugeben und auf der Zahlkarte zu vermerken, wofür der Betrag bestimmt ist. Das Porto beträgt bei Sendungen bis zu 25 M. 5 Pf. und über 25 M. 10 Pf.

Der Gauvorkand.

Briefkasten.

Unsere Zeitungsempfänger machen wir wiederholt auf die derzeit sehr mangelhafte Postbestellung und Verzögerung aufmerksam. Briefschaften und Pakete brauchen heute sehr viel mehr Zeit als in normalen Zeiten. Das vielfach recht verspätete Eintreffen der Zeitungsendungen ist auf die mangelhafte Postbestellung zurückzuführen. Der Zeitungsverband geht regelmäßig zu den hierfür festgesetzten Terminen vor sich. Wo sich aus den Posttempeln nachweisen läßt, daß dies nicht der Fall ist, da müssen die Adressen mit den Poststempeln eingeschickt werden, um Abhilfe schaffen zu können.

Auf den Adressen jeder Zeitungsendung ist angegeben, welchen Inhalt die Sendungen haben. Eventuelle Differenzen sind uns unter Beifügung der Adressen ebenfalls zu melden.

Elterliches.

Meyer, Heinrich, Vom Rechte, das mit uns geboren ist. Das Recht auf Existenz. Das freie Volk. Das Weltbürgerrecht. Verlag F. C. Fischer, Leipzig. 40 S. 1,50 M.

Die einfache Buchführung für den Handwerker mit praktisch durchgerechneten Beispielen nebst Bilanzabgleich und Erläuterungen für den Selbstunterricht, bearbeitet von Georg Solm. Preis 1,50 M. Verlag Gustav Wolf, Dresden-A. 1.

Das wahre Gesicht des Bolschewismus. Tatsachen, Berichte, Bilder aus den baltischen Provinzen. November 1918 bis Februar 1919. Von Erich Köhler-Riga. Preis 50 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 114.

ANZEIGEN

Gau V.

Am 19. Februar 1919 starb nach kurzer Krankheit der erst am 8. Januar vom Militär entlassene Kollege

Ernst Specht

aus Burg im 25. Lebensjahre. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Gauvorkand.

Kleister und Leime

nur prima Ia bezugscheinfrei
Muster A 70 Pfennig.

Klebstoff-Industrie Martin Jackler,
Berlin R. 87, Weihenburger Straße 65.
Fernsprecher: Norden 6649.

Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf.

Zum Preise von 1,30 M. zu beziehen von E. Haueisen, Berlin S. 59, Urbanstraße 631. Postfachkonto Vin. 23210.

Leistungsfähige Fabrik

in Süddeutschland, welche noch Artikel aufnehmen kann, wünscht mit Fabrikanten von Hartgüssen für Schuhwerk (Hinterklappen, Vorderklappen, Fußgelenke usw. in Verbindung zu treten.

Angebote mit Preisangabe unter
M. D. 5819 an R. Woffe, München.

Anzeigen

finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingekandt ist.

35 Duwend

Damen-Portemonnaies

"Sportfason", 8,5 cm lang, mit 2 echten Lederbedeln und Lederriemen, verkaufe auf. für 625 M. Musterduwend 18 M.

60 Duwend

Herren- u. Damen-Treiors

alles durchaus Leder, auf. für 2000 M. Musterduwend 88 M. geg. Rücknahme. Zwischenverkauf vorbehalten.

Brüder Geiser, Kirchheim-Teck 15.

Zahlstelle Berlin.

Am Mittwoch, den 12. März 1919, nachmittags 1/5 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelsfer 15:

Ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassendbericht vom Jahre 1918.
2. Neuwahlen der Gesamtverwaltung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Nur Mitglieder haben Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung. J. A.: R. Würzberger.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel
kleben nur noch mit

Wiril Klebstoffen

(D. R. P. a.)

Glänzende Begutachtungen.

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.

Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten

Chemisch-technische Werke Willybald Richter

Leipzig, Querstrasse 4-6, Telephon 3049.
Telegramm-Adresse: Wirilwerke.

Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76.